bündeten" — **verbündet durch ein** gemeinsames Ziel — **immer** unsere Feinde sind und sich in einem bestimmten Augenblicke als solche demaskieren müssen; zweitens, daß **nicht wir** mit ihnen, sondern sie mit uns gehen (gezwungen **durch Massendruck**); und drittens, daß sie in jedem Augenblick **uns und die Massen** zu betrügen bereit sind, was **wir vorher** sagen."

Die Partei **hat sich losgelöst** von dem brandleristischen Gedanken, die SPD., den „verirrten großen Bruder", aus dem Lager des **Bürgertums** auf den rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu ziehen. Diese in bitteren Erfahrungen erworbene Erkenntnis hat die Partei wieder manövrierfähig gemacht. Die Partei wird zusammengehen mit dem Gegner, nachdem sie diesen durch Massendruck, durch das Aufrollen einer Bewegung in den Betrieben dazu gezwungen hat. Kein Bündnis ohne Massenbewegung.

Die Aussprache auf dem Zentralausschuß war der Situation und dem Ernst der Aufgabe entsprechend, ernst und eindringlich. Die Delegierten haben aber nach eingehender Diskussion und Prüfung in großer Mehrheit den Schritt der Zentrale gebilligt, die Resolution zum Zentralausschuß angenommen. Die Partei hat einen weiteren Schritt vorwärts getan. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß gerade die Bezirke, die im jahrelangen Kampf gegen die Brandlerzentrale ihre Kraft und theoretische Grundlage gestärkt haben, die ersten waren, die sich auf den Boden der neuen Taktik stellten. Berlin-Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Hamburg-Bremen, die Delegierten dieser Bezirke, die mit der jetzigen Parteizentrale durch lange Kämpfe eng verbunden sind, erklärten auf die Bedenken anderer Delegierten, sie werden schon die Kraft haben, wenn Gefahren eintreten, den Weitermarsch abzustoppen.

Gewiß wurden viele Bedenken geäußert, gewiß konnte sich eine Anzahl Delegierter noch nicht zur vollen Zustimmung entschließen. Einig waren aber alle darin, daß ein neuer Weg der taktischen Maßnahmen beschritten werden muß. Der Zentralausschuß diskutierte, wie in einer bolschewistischen Partei diskutiert werden muß. Nach der Abstimmung wurde aber ein einheitliches Vertrauensvotum für die Zentrale angenommen.

Der Zentralausschuß hat gesprochen. Aufgabe der Gesamtpartei ist es nun, ohne Zögern den Weg zu beschreiten, die Partei vorwärts zu Erfolgen zu führen, sie vor einem Absturz zu bewahren. Wir sind überzeugt, die Partei wird die Arbeit leisten, der Internationale und der Komintern zum Beispiel, der Revolution zum Erfolg. Heran an die Arbeit!

Die Waffenschieber-Konferenz

Genf. Als besondere „Sensation" der Genfer Völkerbunds-**Konferenz** zur internationalen Kontrolle des Waffenhandels **wird ein amerikanischer** Vorschlag behandelt, der die **Ausfuhr von Giftgasen** aus einem Land ins andere verbieten will. Zur **pazifistischen** Benebelung der Massen macht die Presse daraus **schon ein** „Verbot" der Anwendung von Giftgasen". Davon **kann natürlich schon** deshalb **nicht** die Rede sein, weil diese **Konferenz** ausschließlich den Waffenhandel, nicht aber die **Kriegsmaterial-Produktion** behandelt. Von irgend einer Kontrolle **der Fabrikation ist** keine Rede. Daß ausgerechnet Amerika sich „moralisch" gegen die Giftgase wendet, ist um so schöner, da doch bekanntlich eben die amerikanische Armee **ungeheure Fortschritte auf dem Gebiete des Gaskrieges** gemacht hat. Wenn **Amerika jetzt** die Ausfuhr der chemischen Kriegsmittel verbieten **will, so geht** das höchstwahrscheinlich vor allem gegen Frankreich, das durch die Ruhrbesetzung und spätere Geheimabkommen **mit der deutschen chemischen** Industrie die gesamte **chemische Produktion des Rheinlandes** in den Dienst seiner Kriegsvorbereitungen stellen könnte. Was solche „Verbote" übrigens **wert** sind, zeigt doch eine aktuelle Skandalaffäre in London: **Die englische Regierung hat die von den Oppauer Werken** erworbenen chemischen Geheimnisse einer englischen Privatfirma zwecks Fabrizierung von Kriegsgasen „verkauft". Es brauchen also keine „Gase", sondern bloß die Patente „ausgeführt" **werden.**

Um die Kölner Zone

London, 11. Mai. (Telunion.) Wie „Daily Mail" aus Paris berichtet, hat das französische Auswärtige Amt zwei wichtige Noten, und zwar eine wegen der Räumung Kölns und die zweite wegen des deutschen Sicherheitsangebotes, fertiggestellt. Ueber den Inhalt berichtet das Blatt, daß Deutschland, ehe der Sicherheitsvorschlag angenommen werden könne, bestimmte Bedingungen zu erfüllen habe. Vor allem müsse es ohne Vorbehalt dem Völkerbund beitreten, müsse die Unabhängigkeit Oesterreichs garantieren und alle territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages treulich achten. In französischen diplomatischen Kreisen, setzt der Berichterstatter der „Daily Mail" hinzu, erwartet man, daß diese Bedingungen die Wirkung haben werden, Deutschland zur Zurücknahme seines Angebotes zu veranlassen.

Die Meldung zeigt, daß Frankreich daran geht, Gegenzüge gegen die englische Politik der deutschen Kapitalisten einzuleiten. Frankreich weiß, daß die Wahl Hindenburgs einen Zug der englischen Bourgeoisie bedeutet. Frankreichs Kapitalisten wollen Deutschland durch den Völkerbund binden und die Front gegen Rußland allein wenden.

Neue Fälschungen Zankoffs

London. Der außenpolitische Mitarbeiter des „Daily Herald" schreibt: Nachdem die bulgarische Regierung falsche Dokumente fabriziert hat, um die Schuld der Dritten Internationale am Kirchenattentat in Sofia zu beweisen, ging sie jetzt einen Schritt weiter. Sie weiß, daß die Regierungen der Westmächte nicht so sehr gegen die Dritte Internationale als **gegen die Sowjetregierung** „Beweisstücke" brauchen. Und sie tut ihr Bestes, um sie zu liefern. Ich habe soeben die **photographische Kopie des neuesten Dokuments** gesehen, welches „beweisen" soll, daß das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten die Gelder für Verschwörungen geliefert hat. Wie so viele dieser Sorte, ist das Dokument nicht nur eine Fälschung, sondern eine sehr **plumpe Fälschung.** Das Briefpapier, auf dem das Dokument geschrieben ist, mag eine geschickte Nachahmung sein. Der Fälscher hat aber der Unterschrift „USSR, Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten" noch die Worte: **„Kreml, Moskau"** hinzugefügt. Er meinte wahrscheinlich, daß das Moskauer Auswärtige Amt im Kreml untergebracht sei. Das Ergebnis ist, daß das Dokument einen Kopf trägt, der so ähnlich klingt, als würde man über einem englischen Dokument lesen: „Auswärtiges Amt, Buckingham-Palast". (Kgl. Palais.)

Der Brief ist an eine **phantastische und nicht existierende „Bevollmächtigte Botschaft der Komintern"** gerichtet. In den **Unterschriften** geht die Phantasie noch weiter. Die eine Unterschrift ist unleserlich und lautet: „Für den Geschäftsträger der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Ein wunderbar erdachter Titel! Die andere Unterschrift „Bredin" oder „Sredin" **soll ein „Mitglied des Bureaus des Auswärtigen Amtes"** sein. In Wirklichkeit sind Mitglieder dieses Bureaus, wie bekannt, Tschitscherin, Litwinow, Rakowski, Rothstein und Aralow.

Die ganze Geschichte wäre recht komisch, wenn diese gefälschten Dokumente nicht dazu verwendet worden wären, Männer an den Galgen zu bringen.

*

Genosse Kabaktschieff ermordet?

Rom. Wie die kommunistische „Unita" meldet, ist Genosse Kabaktschieff, einer der Führer der bulgarischen Kommunisten und Parlamentsabgeordneten der Arbeiter von Sofia, von den Zankoff-Banditen wahrscheinlich ermordet worden. Genosse Kabaktschieff wurde vor anderthalb Jahren von der Zankoff-Regierung verhaftet und seitdem ohne Begründung in Haft gehalten. Seit den letzten Ereignissen in Bulgarien fehlt über ihn jede Nachricht.

Die Amsterdamer beschließen die Politik der internationalen Räuber

WTB. **Paris,** 12. Mai. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale hat in seiner heutigen Schlußsitzung die allgemeine politische Lage, besonders den Stand der Sicherheitsfrage, besprochen. Es hat eine Tagesordnung angenommen, die die Beschlüsse vom Januar hinsichtlich des Genfer Protokolls bestätigt. Gleichzeitig ist das Sekretariat der Internationale beauftragt worden, im Einverständnis mit den unmittelbar interessierten Parteien eine Konferenz dieser Parteien zusammenzuberufen, um die Haltung der Internationale angesichts der eventuellen Entwicklung des Sicherheitsproblems zu bestimmen. Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit dem Achtstundentage und nahm eine Tagesordnung an, in der die Franzosen, Engländer und Deutschen aufgefordert werden, eine energische Aktion einzuleiten, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens in ihren Ländern zu erzielen. Was Bulgarien anbetrifft, so hat der Exekutivausschuß eine Kommission eingesetzt, damit eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanstaaten in kürzester Zeit in Prag zusammentreten könne.

*

Die Mitteilung zeigt, daß die Sozialdemokraten die imperialistische Räuberpolitik voll und ganz decken. Der Schwindel des Washingtoner Abkommens soll nur dazu dienen, die Arbeiter zu täuschen.

Die russisch-französischen Bankverhandlungen gescheitert

Paris, 12. Mai. Die Bevollmächtigten der Moskauer Staatsbank, die Direktoren Taratuta und Schagoff sind trotz dreimonatiger Verhandlungen mit den französischen Banken in ihrem Versuch, eine gemischte französisch-russische Bank zu gründen, völlig gescheitert. Die Verhandlungen wurden hauptsächlich mit der Union Parisien, der Bank De Pays-Bas und dem Kredit Lyonnais geführt. Von russischer Seite hatte man eine gemischte Bank mit einem Kapital von 200 Millionen Goldfranken (20 Millionen Goldrubel) vorgeschlagen, wobei die russische Staatsbank die Hälfte der Summe einzahlen wollte. Der Betrag wurde jedoch von den französischen Banken für zu hoch befunden. Als Taratuta und Schagoff vorschlugen, den Betrag auf 20 Millionen Goldfranken (2 Millionen Goldrubel) herabzusetzen, hatten die französischen Banken es sich anders überlegt und lehnten den Vorschlag rundweg ab. Die Besprechungen sind darauf endgültig abgebrochen worden.

Verstärkte Bolschewistenhetze in England

WTB. London, 12. Mai. „Daily Mail" zufolge hat gestern eine Abordnung der konservativen Parlamentsmitglieder den Staatssekretär des Aeußeren aufgesucht und ihm nahegelegt, die Regierung müßte eine energische Haltung gegenüber den hochverräterischen bolschewistischen Umtrieben in England einnehmen und die Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung der russischen Räteregierung ins Auge fassen. Es heißt, daß Chamberlain in seiner Antwort betont habe, die Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung würde ein sehr ernster Schritt sein, besonders dann, wenn andere europäischen Staaten diesem Beispiele nicht folgen sollten.

Der Krieg in Marokko

Paris, 12. Mai. Painleve hat gestern nachmittag mit dem Marschall Petain und dem General Debernet über die Lage in Marokko beratschlagt. Einem offiziellen Bericht zufolge ist es dem Obersten Freydenberg gelungen, nach heftigen Kämpfen einen französischen Vorposten zu verproviantieren. Ein längerer Havasbericht enthält beachtenswerte Aufschlüsse über Ausrüstung und den Kampfesmut der Soldaten des Riffstammes. Insbesondere verfügt Abd el Krim über 15 000 Mann reguläre Truppen, die von deutschen und russischen Offizieren kommandiert werden. Die Riffarmee ist mit modernsten Waffen ausgerüstet und verfügt über Feldbatterien und ein Kampfgeschwader von sieben Flugzeugen.

Schwere Artillerie geht nach Marokko

Paris, 12. Mai. Das Kriegsministerium hat die Entsendung einer Abteilung schwerer Artillerie nach Marokko beschlossen.

Es lebe die Einheit trotz alledem!

Pressestimmen zum sozialdemokratisch-monarchistischen Bündnis in Preußen.

Der „Vorwärts" schreibt am Sonnabend morgen:

„Die Regierung Braun hat eine Mehrheit im Landtag, und wenn sie die Wähler ruft, kann sie eine viel größere Mehrheit haben. Das sind die beiden Tatsachen, auf denen jede Preußenpolitik, die dem ewigen Krisentreiben ein Ende setzen will, von jetzt ab fußen muß. Das heißt natürlich nicht, daß um die Regierung und die Regierungsparteien ein Zaun gebaut werden müßte mit der Tafel: „Eintritt verboten". Aber was es wirklich heißt, das soll mit möglichster Klarheit ausgesprochen werden.

Der Weg, den die Sozialdemokratische Partei in Preußen geht, ist seit Jahren bekannt. Ihn verfolgt sie weiter, auf ihm hält sie mit jedem, der ihn mitgeht, gute Kameradschaft."

Die „Vossische Zeitung" berichtet am Morgen des 9. Mai:

„Der Dauerkrise in Preußen mußte einmal ein Ende gemacht werden. Aber alle Parteien der Weimarer Koalition waren in dem Vorsatz einig, über die Verbreiterung der parlamentarischen Basis nach der Abstimmung weiter zu verhandeln, wenn das Kabinett Braun eine Mehrheit erhielte."

Das Organ der schwarz-weiß-roten Deutschen Volkspartei, „Die Zeit", erklärt:

„Die fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei waren der Abgeordnete Oetjen, der wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt fehlte, sowie die Abgeordneten Becker-Magdeburg, von Eynern, Dr. Kriege und Schmidt-Düsseldorf. Das Fehlen dieser Abgeordneten hängt mit der gestern gegebenen politischen Situation zusammen. Die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft war nach den gestern geführten Verhandlungen bereits sehr weit gediehen. Es war bekannt, daß das Zentrum sich für eine solche Lösung einzusetzen bereit war, so daß Aussicht zu bestehen schien, diese Lösung trotz der gestern noch vorhandenen Schwierigkeiten und Gegensätze schließlich doch noch zu erreichen. Unter diesen Umständen glaubten sich die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zur Stimmenthaltung für verpflichtet. Es bedarf keiner Betonung, daß es sich dabei nur um eine taktische Haltung handelt, und daß die Fraktion vollkommen geschlossen auf ihrer bisherigen Haltung besteht, wonach eine Rückkehr zur Großen Koalition unmöglich ist und eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen angestrebt werden muß. Die Politik der Fraktion geht nach der gestrigen Abstimmung darauf hinaus, das Kabinett der Großen Volksgemeinschaft doch noch zustande zu bringen."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in ihrer Abendnummer vom 9. Mai:

„Die Deutsche Volkspartei denkt nicht daran, ihre bisherige Haltung aufzugeben, insbesondere nicht die Forderung und Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung; sie denkt nicht daran, die Hoffnung der Linken auf Rückkehr zur „Großen Koalition" zu erfüllen, obwohl man von weitgehenden Anerbietungen spricht.

Der sozialdemokratische Verzicht auf Severing der in dem gestern diskutierten Vermittlungsvorschlag des Sammelkabinetts einbegriffen war, wird mit dem schwerangegriffenen Gesundheitszustand des jetzigen Innenministers begründet. Man spricht davon, daß Severing beabsichtige, sich von seinem Amte zurückzuziehen. Er wird als Nachfolger des jetzigen Oberpräsidenten und Reichsbannerhäuptlings Hörsing in Magdeburg genannt."

Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet am Sonnabend:

„In den Wandelgängen des Landtages sprach man heute davon, daß der Minister Severing, der als Regierungspräsident nach Wiesbaden oder an die Stelle Hörsings als Oberpräsident nach Magdeburg gehen dürfte, durch den Volksparteiler Abg. von Eynern als Innenminister ersetzt werden könnte. Herr von Eynern, der Oberverwaltungsgerichtsdirektor ist, würde auch als Fachminister anzusehen sein. Von deutschnationaler Seite wird versichert, daß die Fraktion lediglich zur Mitarbeit an einem reinen Beamtenkabinett bereit sei.

Die Verhandlungen unter den Fraktionen des Preußischen Landtages über eine Dauer versprechende Lösung in der Preußenkrisis gehen weiter — trotz des gestrigen „Sieges" der Linksparteien, dessen Kurzlebigkeit den Anhängern der Weimarer Koalition natürlich nicht verborgen ist. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei wird kein Hehl daraus gemacht, daß die vier oder fünf Fraktionsmitglieder, die sich der Abstimmung enthalten haben, dabei von der Absicht geleitet wurden, es nicht zur Landtagsauflösung kommen zu lassen, nachdem die Erfolg versprechenden Verhandlungen des gestrigen Tages endlich die Möglichkeit eines Ausgleiches der Gegensätze gestatten.

Sieg der Opposition

bei den Eisenbahnbetriebsrätewahlen.

Chemnitz, Werkstatt: Opposition 670 Stimmen; DEV. 649 Stimmen; Christen 211 Stimmen.
Leipzig, Werkstatt: FEV. 567 Stimmen; DEV. 328 Stimmen.

*

Hauptwerkstelle München: FEV. 530 Stimmen — 5 Sitze; DEV. 295 Stimmen — 3 Sitze; BEV. 185 Stimmen — 4 Sitze.
Betriebswerkstätte Aubing: FEV. 353 Stimmen 4 Sitze; DEV. 335 Stimmen 4 Sitze; BEV. 178 Stimmen — 2 Sitze.
Materialinspektion: FEV. 10 Stimmen; DEV. 7 Stimmen; BEV. 3 Stimmen.
Bahnkraftwerk: FEV. 26 Stimmen; DEV. 6 Stimmen; BEV. 15 Stimmen.
Bahnhof Leim: FEV. 105 Stimmen; DEV. 30 Stimmen; BEV. 40 Stimmen.
Betriebswerkstätte Ostbahnhof (Belegschaft 250 Mann, abgestimmt 218): FEV. 56 Stimmen — 2 Sitze; DEV. 137 Stimmen — 1 Sitze; BEV. 25 Stimmen — 1 Sitz.

Die Gemeindewahl in Limbach

Die KPD. bleibt die stärkste Partei, Niederlage der SPD.

Limbach i. Sa., 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Trotz gemeiner persönlicher und politischer Hetze hat die KPD. in der stattgefundenen Stadtverordnetenwahl ihre Mandate gehalten, während die SPD. ein Mandat an die Bürgerlichen verlor. Die Quertreiberliste der „Werktätigen Verbraucher" hat den vereinigten „Ordnungs"-Parteien zu einem Mandat verholfen. Die Wahl ist ein neuer Beweis, daß die kommunistische Hochburg nicht zu erschüttern ist.

Auf die einzelnen Listen entfielen:

Liste 1, Vereinigte Ordnungsparteien 4000 Stimmen (5057).
Liste 2, KPD. 2765 Stimmen (3157).
Liste 3, SPD. 888 Stimmen (1038).
Liste 4, Werktätige Verbraucher 222 Stimmen (—).

Die in Klammern gesetzten Ziffern geben die Stimmenzahlen vom zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl wieder. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent gegen 82 Prozent im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl.

An Mandaten erhält Liste 1 14 (13), Liste 2 10 (10), Liste 3 3 (4), Liste 4 — (—).

Während die Ordnungsparteien wie auch die Sozialdemokraten nicht nur absolut, durch die geringere Wahlbeteiligung, sondern auch relativ verloren, konnten die Kommunisten im Verhältnis ihre Stimmenzahl vom 26. April halten. Das beweist die nachstehende Aufstellung des prozentualen Verlustes.

Es verlieren: Liste 1 20,8 Prozent, Liste 2 12,3 Prozent, Liste 3 14,4 Prozent.

Auf Betreiben der bürgerlichen Ordnungsparteien und der mit ihnen Hand in Hand arbeitenden SPD. hat der sozialdemokratische Innenminister Max Müller das Stadtverordnetenkollegium von Limbach aufgelöst. Sie hofften bei Neuwahlen die Kommunisten zu schlagen.

Diese Hoffnung ist fehlgegangen. Trotz der bürgerlichen und sozialdemokratischen Hetze zieht die kommunistische Fraktion in das Limbacher Stadtparlament in gleicher Stärke ein wie vor der Auflösung. Die KPD. bleibt die stärkste Partei. Dagegen verlor die SPD. ein Mandat an die Bürgerlichen, wodurch die Ordnungsparteien jetzt die Mehrheit haben.

Max Müller und die SPD. vermochten nicht der KPD. Abbruch zu tun, sie haben ihre eigene Partei kaputt geschlagen, aber sie erreichten, daß die Gemeindeverwaltung Limbach jetzt den Ordnungsparteien ausgeliefert wird. Das ist der „Erfolg" der verräterischen SPD.-Politik, und die Limbacher Arbeiterschaft wird es der SPD. noch mehr heimzahlen.

Die vereinigten Ordnungsparteien waren bei der letzten Reichspräsidentenwahl weit im Vorsprung. Auch hier haben wir Bresche geschlagen. Sie verlieren 1057 Stimmen gleich 20,8 Prozent, haben also relativ **den größten Verlust.** Wir haben also einen Keil in die faschistisch-reaktionäre Front getrieben. Das politische Gebäude dieser Parteien beginnt ebenso wie das der bürgerlichen Arbeiterpartei, der SPD., zu wanken. Der Wahlerfolg der Kommunisten bürgt dafür, daß die Bäume der bürgerlichen Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Die Limbacher Arbeiter werden unter Führung der KPD. die reaktionären Anschläge mit aller Entschiedenheit abzuwehren wissen.

SLUB
Wir führen Wissen.